



Im zweiten Anlauf: Grosser Rat spricht sich knapp für Gefängniscontainer aus

Volle Berner Gefängnisse Der Kanton Bern kann Gefängniscontainer beschaffen. Gleichzeitig fordert der **Grosse Rat**, dass vermehrt auf gemeinnützige Arbeit gesetzt wird.

Michael Bucher

Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) kann aufatmen: Im zweiten Anlauf hat sich der Grosse Rat am Donnerstag für den Kauf von Gefängniscontainern ausgesprochen. Die von Müllers Direktion vorgeschlagene temporäre Notmassnahme zur Entlastung der teils übervollen Berner Gefängnisse hatte noch vor einem Jahr im Parlament Schiffbruch erlitten. Damals ging es um einen Kredit von 5,5 Millionen Franken für Gefängniscontainer mit Platz für 40 Häftlinge.

Nun stand eine abgespeckte Variante mit 20 bis 30 Plätzen zur Debatte. Die zugrunde liegende Motion hatte Mitte **Grossrat** André Roggli eingereicht. Die angepasste Variante wurde nun mit 78 Ja- zu 75 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Nun muss die Regierung eine Kreditvorlage ausarbeiten und dem Parlament vorlegen. Die Sicherheitsdirektion schätzt die Kosten auf rund vier Millionen Franken.

Ratslinke spricht von «Zwängerei»

Die Abstimmung zeigte: Die Fronten waren klar verteilt. Nur die SVP-Fraktion hatte einzelne Abweichler. Das Geschäft stürzte einige von ihnen offenbar in ein Dilemma, bei dem es zu wählen galt zwischen konsequenter Law-and-Order-Politik und dem Verhindern einer teuren Massnahme mit unstrittigem Nutzen.

Dies war bereits bei der Abstimmung im Herbst 2024 so. Wegen drei SVP-Abweichlern wurde ein Stichentscheid durch die grüne Regierungsratspräsidentin nötig. Diese kippte das Container-Geschäft schliesslich. Dieses Mal gab es eine Nein-Stimme und drei Enthaltungen in der SVP-Fraktion. Das reichte knapp nicht für eine neuerliche Absage.

Geschlossen dagegen gestimmt hatten SP, Grüne, Grünliberale und EVP. Die Ratslinke warf den Bürgerlichen Zwängerei vor. Dass die Container nur ein Jahr nach der Ab-



In solchen Containern sollen Kleindelinquenten ihre Ersatzfreiheitsstrafen absitzen. Foto: Raphael Moser

lehnung «durch die Hintertür einer unausgegorenen Motion» erneut zum Thema würden, sei «unseriös», meinte Karin Berger-Sturm (SP), «das unterstützen wir nicht». Verschiedentlich wurde angedeutet, dass es sich um eine von Sicherheitsdirektor Müller «bestellte» Motion handeln könnte, was dieser umgehend zurückwies. Die Bürgerlichen sahen indes den



Kann die vollen Gefängnisse nun entlasten: Regierungsrat Philippe Müller (FDP). Foto: Beat Mathys

Rechtsstaat in Gefahr, sollten die Container abgelehnt werden. «Wir müssen jetzt handeln», sagte Beat Bösiger (SVP). Zuwarten bis Anfang 2030er-Jahre, wenn die Strafanstalt Witzwil ausgebaut sein wird, sei keine Option. Ins Feld geführt wurden auch die Mitarbeitenden in den Gefängnissen, die unter der hohen Belegung leiden würden.

Philippe Müller betonte, dass bereits bei einem früheren Umbau der Strafanstalt Witzwil Container genutzt wurden. «Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht», so der Sicherheitsdirektor.

Ersatzfreiheitsstrafen eindämmen

Die Container sollen die chronisch überbelegten Gefängnisse entlasten. Zugespitzt hat sich die Lage seit 2023. Wegen eines

Informatikproblems kam es zu Verzögerungen beim Busseninkasso, was zu einem Stau beim Abarbeiten von Ersatzfreiheitsstrafen führte. Zurzeit stapeln sich beim Amt für Justizvollzug noch immer 800 unbearbeitete Pendenzen.

Ersatzfreiheitsstrafen werden verfügt, wenn Bussen trotz mehrmaliger Mahnung nicht bezahlt werden. Häufig geht es um Kleindelikte wie Schwarzfahren oder Drogenkonsum. Derlei Kurzstrafen machen in der Schweiz über die Hälfte aller Gefängniseintritte aus. Gemäss Experten sind oft mittellose Menschen betroffen, die nicht selten auch ein Suchtproblem haben.

Hier setzte eine weitere Motion an, die der **Grosse Rat** bereits am Mittwoch behandelte. Darin fordert SP-**Grossrätin** Oriana Pardini, dass der Vollzug ei-

ner Ersatzfreiheitsstrafe in Form von gemeinnütziger Arbeit ermöglicht werden soll. Bisher ist dies im Strafgesetzbuch nicht vorgesehen.

Regierungsrat soll Standesinitiative deponieren

Das Ansinnen fand mit 106 Ja- zu 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung eine deutliche Mehrheit. Im Gegensatz zu einem Gefängnisaufenthalt sei gemeinnützige Arbeit wesentlich günstiger und habe für die Gesellschaft einen höheren Nutzen, so der Tenor.

Allein: Da eine solche Anpassung auf eidgenössischer Ebene erfolgen muss, kann der Kanton nicht selbst aktiv werden. Der Vorstoss verpflichtet den Regierungsrat stattdessen, die Forderung mit einer Standesinitiative beim Bund zu deponieren.